

Staatliche Wohnbauaktion in Basel

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **28 (1953)**

Heft 7

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-102543>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

weisen bei der öffentlichen Hand eine Steigerung um 10 Prozent, jene im privaten Bausektor eine solche von 4 Prozent auf. Bei den Wohnbauvorhaben, die von 1951 auf 1952 nicht unbeträchtlich zurückgegangen sind, ist ein erneuter Anstieg um 6 Prozent zu verzeichnen. Das wird seine Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt haben, aber auch auf die Bauneben-gewerbe, die, ganz im Gegensatz zum reinen Tiefbau, durch den Wohnbau stark alimentiert werden.

Betrachtet man die Zahlen über die Bauvorhaben für das Jahr 1953 nach Kantonen, so stellt man fest, daß praktisch alle Landesteile an der registrierten Zunahme gegenüber dem Vorjahr Anteil haben. Auch bei den Kantonen, die Minder-ergebnisse aufweisen, halten sich diese allgemein in bescheidenem Rahmen. Im Kanton Solothurn ist der Rückgang um 1 Prozent nur minim; aber auch in den Kantonen Schwyz und Freiburg dürften die Einbußen von 4, beziehungsweise 5 Prozent kaum eine praktisch spürbare Auswirkung auf die Bautätigkeit haben. Etwas größer ist die Abnahme in den Kantonen Schaffhausen und Appenzell I.-Rh. mit 21 Prozent. In allen anderen Kantonen wird hingegen das letztjährige Vergleichsergebnis mehr oder weniger stark übertroffen.

Hinsichtlich der *Wohnbauvorhaben* ist bemerkenswert, daß die Zahlen für das Jahr 1953 die Vergleichszahlen des Vorjahres in der Mehrzahl der Kantone überschreiten. Besonders starke Zunahmen von 15 Prozent und mehr werden für die Kantone Luzern, Nidwalden, Zug, Glarus, Solothurn, Basel-land, Appenzell I.-Rh., Graubünden, Thurgau (78 Prozent), Tessin und Neuenburg (145 Prozent) ausgewiesen, während uns unter den Kantonen mit Minderergebnissen vor allem jene von Uri, Schwyz, Schaffhausen und insbesondere Genf (-44 Prozent) bemerkenswert erscheinen. Wie weit die unterschiedliche Entwicklung der Bauvorhaben in den einzelnen Kantonen auf eine zunehmende Sättigung des Wohnungsmarktes und wie weit sie auf andere Umstände, zum Beispiel auf die hohen Baupreise, zurückgeführt werden muß, könnten natürlich nur spezielle Untersuchungen zeigen.

Der Delegierte für Arbeitsbeschaffung stellt in seinem ausführlichen Erhebungsbericht fest, daß die vorliegenden Zahlen zeigen, in welchem erheblichem Umfang das Baugewerbe während der letzten Jahre durch eine sehr intensive Mechanisierung seine Kapazität ausweitete. Die für die Arbeitsbeschaffung verantwortlichen Behörden könnten im Hinblick auf spätere Krisenzeiten und die Vorbereitung einer ausreichenden Arbeitsbeschaffung diese starke Vergrößerung der baugewerblichen Leistungsfähigkeit nicht ohne Bedenken be-

trachten. Angesichts des für das laufende Jahr registrierten, sowohl wert- als auch volumenmäßig gesehen, neuen Spitzen-ergebnisses, wird denn auch neuerdings an die öffentliche Hand appelliert, sie möge aus den Erhebungsergebnissen die nötigen Schlußfolgerungen ziehen und alles daransetzen, durch möglichste Zurückhaltung bei der Vergebung ihrer Aufträge durch die Streckung von Ausführungsterminen usw. zu einer Entlastung des Baugewerbes beizutragen. Im übrigen ist Direktor Zipfel der Auffassung, daß das Baugewerbe dermaßen überbeschäftigt sei, daß selbst bei Anspannung aller Kräfte und Mithilfe eines beträchtlichen Kontingentes von Fremdarbeitern kaum alle gemeldeten Bauvorhaben ausgeführt werden können.

Wohnungsbau nach Kantonen

Kanton	Wohnungsbau		Wohnungsbauvorhaben	
	1952	% von 1951	1953	% von 1952
Zürich	281 866	88	233 660	97
Bern	151 523	85	126 758	102
Luzern	30 167	56	31 436	115
Uri	2 429	79	1 063	74
Schwyz	5 675	69	2 772	84
Obwalden	1 636	57	850	97
Nidwalden	2 113	80	1 603	139
Glarus	3 884	89	3 218	132
Zug	6 831	70	9 284	125
Freiburg	14 301	75	8 673	91
Solothurn	39 733	83	40 245	124
Basel-Stadt	63 541	120	90 668	110
Baselland	45 508	141	58 661	117
Schaffhausen	13 169	117	14 853	83
Appenzell A.-Rh.	3 251	76	1 678	95
Appenzell I.-Rh.	349	49	164	150
St. Gallen	42 082	82	36 914	111
Graubünden	14 254	90	8 431	120
Aargau	54 773	83	48 804	102
Thurgau	16 033	63	18 178	178
Tessin	29 077	87	20 848	124
Waadt	74 635	66	77 415	110
Wallis	16 172	65	10 525	97
Neuenburg	28 714	98	46 128	245
Genf	50 223	79	30 285	56
Total	991 939	84	923 114	106

Aus «Schweiz. Bau- und Holzarbeiter-Zeitung»

Staatliche Wohnbauaktion in Basel

Trotz den in letzter Zeit erstellten und in Angriff genommenen Wohnbauten hat sich die Lage auf dem Basler Wohnungsmarkt nicht wesentlich geändert. Der Leervorrat ist praktisch gleich null. Das zeigt sich schon in den 189 Begehren um Aufschub des Umzugstermins, wobei am 1. April 126 Mietparteien überhaupt noch keine Wohnungen hatten und für die gegenwärtig im Bau befindlichen 176 Wohnungen 700 Interessenten angemeldet sind. Eine die Situation untersuchende Großratskommission kam zur Überzeugung, daß weder der soziale Wohnungsbau auf der genossenschaftlichen Grundlage noch die private Wohnbauaktion allein in der Lage seien, eine Besserung herbeizuführen, sondern daß nur eine staatliche Aktion dem Mangel an billigen Ein- bis Vierzimmerwohnungen abhelfen könne. So stellte denn die Regierung den Antrag, zur Durchführung einer staatlichen

Aktion für die Erstellung von weiteren 180 Wohnungen für Mindestbemittelte einen Kredit von 4,5 Millionen Fr. und einen auf die Dauer von 18 Jahren jährlich in das Budget einzustellenden Betrag von rund 50 000 Fr. zu bewilligen zur Bezahlung der fehlenden jährlichen Abschreibungen. Die 180 Wohnungen in vierstöckigen Normaltypenhäusern verteilen sich auf je 36 Ein-, Zwei- und Vierzimmer- sowie 72 Dreizimmerwohnungen. Pro Haus ergibt sich eine Baukostensumme von 275 000 Fr. Dabei darf das Gesamteinkommen eines Mieters den sechsfachen Betrag des Mietzinses zuzüglich 600 Fr. pro minderjähriges Kind nicht übersteigen, ansonst Mietpreiserhöhungen respektive Kündigungen eintreten. Der verlangte Kredit wurde vom Großen Rat bewilligt. Es soll jedoch das Referendum dagegen ergriffen werden.